Dresden 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfg.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Richtigkeit eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme entgegen Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Taube & Co. in Frankfurt a. M. — Sachse's „Anwaltsbureau". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zur Nachricht nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Nicht Gebrauchtes kommt in Abzug. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

H. Warnack,
Pragerstrasse 17,
früher Geschäftsführer der Firma Th. Pfitzmann.

Magazin
für
Waffen-, Jagd-, Reise- u. Herren-Artikel.

Carl Höpfner,
Landhaus-Strasse Nr. 4 und 5
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Täglich frische Austern. Grösstes Weinlager.

Residenz-Theater.
Sonnabend erstes Gastspiel des Hrn. Baron v. Klesheim und Gastspiel des Fräul. Lina Bendel. Zum 1. Male: **Der Musikant und sei Lieb'. Wir Mädchen unter uns. Tag und Nacht. Die alte Magd.**
Sonntag Nachmittags 4 Uhr. Halbe Preise. Benefiz für den Kriegerverein. Gastspiel des Fräul. Lina Bendel: **Ihre Familie.**

Paris. Im Senat begründete Fresneau seine Interpellation, welche der Regierung eine Verletzung des Unterrichtsgesetzes vorwirft, indem sie die Schulanstalten schließe, die Professoren vertreibe und akademische Räthe mit Fragen befasse, worüber dieselben incompetent seien. Nach lebhafter Debatte wurde die Interpellation zurückgezogen.

Nr. 324. Witterung vom 18. Novbr.: Barometer stark gefallen, Thermometer stark gestiegen, Wind: S., Temp. 4° R., höchste Temp. 10° R. Auf Nordsee heftige Stürme, Regen, dann wolkenlos. Aussichten für den 19. November: Zunächst ziemlich heiter, dann wieder Trübung, Niederschläge.

Freitag, 19. November.

Politisches.

Die hohen Gerichtskosten werden wir also noch geraume Zeit fortbezahlen müssen. Sie sind zu hoch, sie führen oft zur Unmöglichkeit, sein Recht zu suchen — darin sind Alle einig, das Publikum, die Zeitungen, die Abgeordneten und die Justizminister. Warum setzt man sie also nicht herab? Weil man noch nicht Erfahrungen genug hat. Das ist der langen Rede des preußischen Justizministers Friedberg kurzer Sinn. Wann endlich wird man genug Erfahrungen gesammelt haben? Das mag der Himmel wissen. Das ganze Gerichtskostengesetz ist nur provisorisch im Reiche erlassen worden. Man wußte, es sei nur ein Versuch und die Reichsregierung behielt sich damals ausdrücklich vor, innerhalb 5 Jahren die Höhe der Sätze zu ermäßigen. Hatten umgekehrt die Reichsgewalten ein Gerichtskostengesetz mit zu niedrigen Sätzen provisorisch erlassen — wie hurtig würden die nöthigen Erfahrungen gesammelt worden sein, um nach kurzer Frist die Erhöhung vorzuschlagen! Bei dem Antrage auf Steuerherabsetzungen sind alle Regierungen äußerst schwerhörig. Jetzt noch giebt es einige (welche? verlautbarte der Justizminister nicht), die sich nicht von der Nothwendigkeit der Herabsetzung der Gerichtskosten überzeugt haben. Hoffentlich befindet sich nicht die königl. sächsische Regierung unter den Unüberzeugten. Besonders geklagt wird über die Höhe der Nebenkosten, die Zustellungsgebühren und das Zustellungsverfahren überhaupt und bei der Beglaubigung von Schriftstücken. Diese Beschwerden fand der Justizminister selbst für gerechtfertigt, ohne daraus die Folge zu ziehen: man stelle diese Beschwerden schleunig ab. Die Zwangsvollstreckung, dahin geht eine andere Beschwerde gegen die neuen Justizgesetze, erfolgt zu rapid; die abgepfändeten Gegenstände kommen zu rasch zum Verkaufe. Was der Justizminister Friedberg anführte, um die Höhe der Gerichtskosten zu rechtfertigen: die Unkenntniß der Parteien bezüglich der Gesetze und die Fehler der Richter, mag in einzelnen Fällen wohl zutreffen, entkräftet aber nicht entfernt die gegen die Höhe der Kostensätze überhaupt erhobenen Klagen. Niemand leidet unter denselben empfindlicher als der Bürgerstand. Sehr häufig verliert man in der ersten Instanz ganz gerechte Prozesse aus formalen Gründen, verfolgt aber sein Recht nicht in der zweiten Instanz, da hier die Kosten geradezu so unverantwortlich hoch sind, daß man abgeschreckt wird. Dem Herrn Justizminister sagt freilich die Abschreckungstheorie besonders zu. Er hält eine billige Justizpflege nicht für einen Segen des Landes. Der konservative Abgeordnete v. Hammerstein entgegnete schlagfertig, daß eine zu theure Justiz noch viel weniger ein Segen sei, denn sie führt geradezu zum erzwungenen Verzicht auf sein gutes Recht und auf Begünstigung der Herrschaft schreienden Unrechts. Wolle doch der Herr Justizminister aus Berlin sich unter den Gewerbtreibenden und ähnlichen Berufsklassen umsehen! Diese achtbaren, von ihrer Hände Arbeit lebenden Bürger befinden sich ohnehin durch die schnöde Concurrenz zahlreicher blos mit den Erzeugnissen Anderer schachernde Handelsleute in einer oft gar trübseligen Lebenslage. Das Aeußerste an Geistes- und Körperkraft müssen sie aufbieten, um sich ehrlich durch die Welt zu schlagen. Angeborene Begriffe von Ehre, Treue und Glauben, die auch im Geschäftsleben gelten müssen, halten sie ab, solche Geschäftsknisse anzuwenden, wie sie heutzutage sich leider nur zu oft breit machen. Im Gegentheile fallen sie dabei oft dem Fuchssinne ihrer Concurrenten oder Ausbeuter als Opfer und erleiden schwere Einbuße an Vermögen, mit dem sich Jene bereichern. In häufigen Fällen geben die vorhandenen Gesetze dem Geschädigten so schon kaum eine Handhabe, um zu seinem Rechte zu kommen. Will man aber auch noch den Versuch dazu durch zu theure Gerichtssporteln erschweren oder ganz unmöglich machen? Die den Concursifex bereichernden Scheinbankerotte — diese schwere Schädigung der allgemeinen Moral wie des Einzelnen — finden unwillkürlich in der zu theueren Justizpflege Unterstützung. Macht die Gerechtigkeit bald billiger, damit ihre Wohlthaten einem Jeden gespendet werden können!

Die Vertreter der Gewerbekammern, die dieser Tage in Eisenach versammelt waren, haben zu den schwebenden Wirthschaftsfragen (Innungswesen, Arbeiterversicherung, Beschränkung der Wechselfähigkeit) Stellung genommen. Auf diesem Kongresse kam erfreulicher Weise eine gesunde Reaktion gegen die Freizügigkeit und Zuchtlosigkeit im Gewerbebetriebe zu Worte. Die Gewerbtreibenden eigneten sich befürwortend die Beschlüsse des Reichstages wegen Wiedereinführung geordneter Innungsverhältnisse (Antrag der Abgg. v. Seydewitz und Ackermann) an. Von bornirten Zunftzwangsideen haben sich die Gewerbtreibenden begreiflicher Weise fern gehalten. Es fällt ja überhaupt Niemandem mehr ein, solche Zwangs- und Bannrechte zu erstreben, daß der Schneider z. B. keinen Pelz mehr machen dürfe, sondern dies dem Kürschner zu überlassen habe, daß Holzpantoffeln zu fertigen nur dem Tischler und nicht dem Schuhmacher zustehe. Zweckmäßig aber erscheint der sanfte Druck, der auf den Beitritt aller fachverwandten Gewerbtreibenden zu modernen Innungen dadurch ausgeübt werden soll, daß den nicht gewerbsmäßig gebildeten Lehrmeistern das Halten von Lehrlingen fakultativ verboten werden kann. Der Kongreß der Gewerbekammern hielt zwar Zwangskassen nicht für nothwendig, sprach sich aber energisch für ein Lehrlingsgesetz, die Abfassung schriftlicher Lehrverträge, obligatorische gewerbliche Fortbildungsschulen, Arbeitsbücher, Bestrafung des Kontraktbruches und für Gewerbegerichte aus. Gegen die Beschränkung der Wechselfähigkeit erklärte sich der Kongreß.

Der Commerzienrath Baare in Bochum hat in Folge seiner Besprechungen mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiter-Unfallversicherungskassen ausgearbeitet. Das jetzige Haftpflichtgesetz, so behauptet Herr Baare, befriedigt keine der betheiligten Interessengruppen.

„Von Seiten der Arbeiter werde nicht mit Unrecht behauptet, daß mehr als 80 Proc. der Unfälle, welche Arbeiter in Ausübung ihrer Dienstverrichtungen erleiden, nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen. Andererseits aber gehe das Haftpflichtgesetz zu weit, da es nicht nur den wirklichen Schaden, sondern auch den entgangenen Gewinn in all zu ausgedehntem Umfange vergüte. Der Entwurf soll die Unfallsgesetzgebung aus dem Gebiete der Quasidelektsobligation in das des Versicherungswesens erheben. Dagegen sei es dringend nöthig, bei der Unfallsversicherung Halt zu machen und geradezu unthunlich, die Frage der Altersversorgung auf dem Zwangswege ordnen zu wollen. Der Werth der vorgeschlagenen Unfallsversicherung sei jedoch nicht zu unterschätzen, da sich jährlich 60—80,000 Unfälle, für welche hier vorgesorgt wird, im deutschen Reiche ergeben".

Dieser Baare'sche Entwurf wird die öffentliche Discussion noch lange beschäftigen. Für heute sei nur bemerkt, daß sich hiernach Fürst Bismarck nicht länger mit dem viel größeren Projekte einer Versorgung der Arbeiter und ihrer Angehörigen für das Alter beschäftigt, sondern angesichts der sich aufthürmenden Schwierigkeiten, sich ein erreichbares Ziel setzt und sich auf die Unfallsversicherung beschränkt. Er erweitert die jetzt schon dem Haftpflichtgesetz unterliegenden Gewerbsbetriebe namentlich durch Hinzufügung des Baugewerbes, was nur zu loben ist; die landwirthschaftlichen Arbeiter läßt er jedoch mit gutem Grunde aus. Auf das erste Ansehen will uns däuchen, als wollen die Fabrikanten und sonstigen Arbeitsgeber die bisherige Haftpflicht, so weit sie ihnen selbst oblag, abschwächen zu Ungunsten theils der Arbeiter und noch mehr der Gemeinden.

Es ist noch ungewiß, ob sich an die Interpellation wegen der Judenfrage im preußischen Abgeordnetenhause eine Debatte knüpft. Zur Herbeiführung einer solchen ist der Wille von 50 Abgeordneten nöthig. Finden sich nicht 50, so bewendet es bei der Begründung der Interpellation und ihrer Beantwortung durch den Minister Grafen Eulenburg. Seiten der ausschließlich in Judenhänden befindlichen Presse wird nun dahin gearbeitet, daß kein Gegner der Judenherrschaft zu Wort komme. Wir halten es für durchaus verwerflich, religiöse Leidenschaften anzufachen. Das geschieht aber dadurch, daß man die Judenfrage auf die Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses gebracht hat. Die Fortschrittspartei hat durch die Einbringung der Hänel'schen Interpellation den Juden unseres Erachtens einen sehr üblen Dienst geleistet. Auch die Nationalliberalen finden die öffentliche Behandlung der Judenfrage als einen höchst unglücklichen Einfall. Die Konservativen aber machen es der Fortschrittspartei sehr zum Vorwurfe, daß diese es dem Volke verhindern will, im Petitionswege Beschwerden vorzubringen. Zutreffend bemerkt hierüber die „Germania"

„Die Interpellation ist in formeller Hinsicht durchaus abnorm; die Antisemiten-Petition des Herrn v. Bülow ist noch in der Vorbereitung begriffen; so lange sie nicht eingereicht ist, hat die Regierung keine Veranlassung, sich um dieselbe zu kümmern, wofern nicht etwa ein gegen das Strafgesetz verstoßender Inhalt die Ahndung der Vertreibung fordert, was jedoch selbst Herr Hänel nicht zu behaupten wagt. Aber im gegenwärtigen Augenblick eine Judendebatte in der Kammer zu provociren, das ist ein durchaus friedensgefährliches Vorgehen. Die persönliche Stellung mehrerer Abgeordneter zu dieser Frage (Abg. Hofprediger Stöcker) und die augenblicklich herrschende Stimmung lassen heftige Debatten voraussehen, welche in den Volksmassen auf beiden Seiten nicht die Liebe, sondern die Leidenschaft wecken werden. Mag die Antwort der Regierung auch noch so geschickt und energisch sein, sie wird wirkungslos verhallen im tosenden Sturme. Will die Gesetzgebung zur Beruhigung der Gemüther beitragen, so schaffe sie christliche konservative sozial-reformatorische Gesetze, welche das Volk vor sittlicher Verwilderung und wirthschaftlicher Ausbeutung sicher stellen, denn die Furcht vor diesen beiden Gefahren ist der Kern der antisemitischen Bewegung."

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 18. Novbr.

Berlin. Die „Norddeutsche" ist ermächtigt, zu erklären, daß die antisemitische Petition oder eine ähnliche Eingabe dem Reichskanzler nicht (soll wohl heißen: noch nicht) zugegangen ist. — Der neue bayerische Gesandte am russischen Hofe v. Rudhart verläßt morgen Berlin, um sich auf seinen Posten nach Petersburg zu begeben. Der Kaiser hat heute Frau v. Rudhart einen Abschiedsbesuch abgestattet.

Paris. Das Tribunal ertheilte heute der Baronin Kaulla die Autorisation zur Verfolgung mehrerer Journale, nicht aber ihres Mannes.

Petersburg. Nach einem Telegramm aus Livadia vom 17. d. M. ist der aus Konstantinopel dort eingetroffene russische Botschafter v. Novikow am 16. d. M. vom Kaiser in Audienz empfangen worden.

Konstantinopel. Veli Mohamed, der Mörder des russischen Oberstleutnant Kumerau, hat ein Gnadengesuch an den Sultan eingereicht. Nach der Entscheidung des Sultans über dieses Gnadengesuch wird die Pforte die bezügliche Note der Botschafter beantworten.

Berliner Börse. Das war gestern nur ein kurzer Sonnenblick; heute eröffnete die Börse wieder matt und lustlos, wie vorher. Allerdings fehlte jede Anregung und die befürchtete Londoner Disconterhöhung machte die Reserve erklärlich. Selbst österreichische Bahnen mußten nachgeben. Eine Ausnahme machten nur Durer, Elisabeth-, Franz- und Nordwestbahn, die von heute ab in Summen, die durch 5000 theilbar sind, hier per ultimo gehandelt werden. Montanwerthe schwächer, da Glasgow niedrigere Eisenpreise (52, 1½) meldete. Banken zwar ziemlich fest, aber still. Dresdner und Leipziger Credit erfuhren Abgaben. Sächs. Industrien erlitten zum Theil kleine Abstriche, nur Frister zogen etwas an. Gußstahl erhöhten ihren Briefcours um 1 Proc. Von Anlagewerthen waren inländische Prioritäten gesucht. Wechsel eher angeboten. Zum Schluß trat infolge festerer Pariser Meldungen eine Besserung ein, so wurden namentlich Franzosen recht fest (bis 482½). Der Wochenausweis der Reichsbank weist eine Abnahme des Wechselverkehrs um ca. 9, des Betrags der umlaufenden Noten um ca. 10 Millionen auf. Privatdiscont 3½ Procent.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König und S. kgl. Hoheit Prinz Georg sind gestern Abend nach Beendigung der Wermsdorfer Jagden in Streblen resp. Dresden wieder eingetroffen.

— Der portugiesische Gesandte am Berliner Hofe, Graf von Rilvas, trifft morgen zu einem achttägigen Aufenthalte hier ein, um der Familie Sr. M. H. des Prinzen Georg, dessen Gemahlin eine Schwester seines Souverains, des Königs Ludwig von Portugal ist, einen Besuch abzustatten. Das Weihnachts- und Neujahrsfest gedenkt der Graf ebenfalls, wie alljährlich, hier zu verbringen.

— Die vorgestrige Stadtverordnetensitzung dehnte sich bis nach 11 Uhr aus, woraus man schließen konnte, daß Bedeutendes verhandelt und zu definitivem Abschluß gebracht worden sei. Indessen war dies nicht der Fall, vielmehr handelte sich's zumeist um Vorlagen, die allgemeineres Interesse nicht in Anspruch nehmen. Die in letzter Sitzung namens des Wahlausschusses abgegebene Erklärung, man habe bezüglich der Ergänzungswahlen für die Ende d. J. ausscheidenden unbesoldeten Stadträthe Herrn Stadtrath Hultzsch ein drittes Mal nicht vorschlagen wollen, um ihm nicht eine Niederlage zu bereiten, erwies sich als ein Trugschluß, denn heute, wo man ihn doch wieder neben Stadtrath Anger, Stadtv. Lüder und Rechtsanwalt Dr. Rudolph aufgestellt hatte, ging der Genannte aus dreimaligem Wahlgang als Sieger hervor; mit seiner Wiederwahl und der Neuwahl des Stadtv. Lüder sind nun auch die beiden letzten Ergänzungswahlen für das Rathskollegium erledigt. — Nachträglich genehmigt das Kollegium die seit Anfang d. J. bestehenden Einrichtungen für das Droschkenfollwesen, ersucht aber dabei den Rath, den Tarif dahin abzuändern, daß unbeladene Fuhrwerke die Albertbrücke sollten passiren dürfen. Es wurden im Laufe einer langen Debatte viele Klagen über ungleiche Vertheilung der Brückenabgabe auf die verschiedenen Fuhrwerke laut, die auch volle Berechtigung haben dürften. Etwas sonderbar mußte es berühren, daß Herr Bürgermeister Dr. Rüger Gelegenheit nahm, weil in der Debatte die Aeußerung fiel, der Tarif, wie er jetzt sei, enthalte Ungerechtigkeiten, das Kollegium zu ermahnen, mit solchen Aeußerungen vorsichtig zu sein, da man ein Gesetz, welches man selbst mit geschaffen habe, nicht öffentlich herabsetzen dürfe. Man staunte, — aber der Vorsitzende, Herr Hofrath Ackermann, erklärte ruhig auf die Rüge Dr. Rüger's, daß er in dieser rein sachlichen Kritik nichts gefunden habe, was er als unparlamentarisch hätte rügen müssen. Leider — kann man hinzufügen — wurden von jeher und werden gesetzliche Bestimmungen geschaffen, bei denen die einsichtsvollen Schöpfer selbst hinterher einsehen, daß Härten, Ungerechtigkeiten, Inkonsequenzen ꝛc. unbeabsichtigt durch das Geschaffene erzeugt wurden; eine offene Meinungsäußerung, die Niemand beschuldigt oder verletzt, muß in diesem Saale, wie in den Kammern, wohl auch als Redefreiheit gelten! — Ein weiteres Staunen rief auch Herr Stadtv. Dr. Chalybäus hervor. Er hat einen mit Freuden zu begrüßenden Antrag eingebracht, der die Errichtung einer Altersparkasse für die unbemittelten Klassen in Verbindung mit der städtischen Sparkasse und event. unter Benutzung der kgl. Altersrentenbank bezweckt, und der Rechtsausschuß, für den der Antragsteller selbst referirte, ergreift den Antrag mit dem Interesse, welches er verdient, indem er vorschlägt, den Rath zu ersuchen, einen gemischten Ausschuß einzusetzen, der den Chalybäus'schen Antrag einer besonderen Erörterung unterziehen und dann gutachtlich über denselben berichten soll. Es war nicht im mindesten zu bezweifeln, daß das Kollegium, wie es schließlich auch gethan, den Antrag sofort und einstimmig zum Beschluß erhoben würde, trotzdem ließ der Antragsteller und Referent zur Begründung seines Antrags — die diesmal an dieser Stelle wirklich nicht erforderlich war — einen Vortrag über das Kolleg ergehen, der angesichts des Umstandes, daß es bereits gegen 10 Uhr war und noch der Tagesordnung noch acht Gegenstände erledigt werden mußten, eine sichtlich ängstliche Unruhe im Saale hervorrief, bis dann der Vorsitzende den in einer Fülle von philanthropischen Gedanken und statistischem Material über dergleichen Altersparkassen sich breit Ergehenden an die Zeit und daran mahnte, daß dies Alles bei den späteren eigentlichen Verhandlungen über die Sache wohl richtiger am Platze sein würde. So wurde es möglich, die Tagesordnung doch noch ganz zu erledigen, die beabsichtigte geheime Sitzung mußte freilich unterlassen werden. — Für das Straßenwesen wird sich pro 1881 ein Bedarf von 565,332 Mk. — 32,962 Mk. mehr als im Vorjahre — nöthig machen, denn der Gesammtausgabe von 573,332 Mk. steht eine Gesammteinnahme von nur 7400 Mk. gegenüber, darunter 1000 Mk. Pachtgeld für Straßenkehricht und 4000 Mk. Platzzinsen für Benutzung von Straßenareal bei Bauten. Dagegen kostet u. A. die Unterhaltung der gepflasterten Straßen und Plätze 40,000 Mk., die der ungepflasterten aber gar 178,000 Mk.; für Reinigung der Straßen und Plätze werden 46,270 Mk., für dergl. der Schleußen 21,980 Mk. gebraucht u. s. w.

— Der hiesige Stadtrath hat nun auch ein Verbot der Aufstellung sogenannter Gasparaparate und Gasätherfüllung ausgesprochen und zwar gleichfalls, wie anderwärts, der durch die große Explosionskraft des Gasäthers drohenden Gemeingefährlichkeit wegen. Zuwiderhandlungen werden mit 50 Mk. oder 14 Tagen Haft geahndet.

— Die noch hier verweilende Herzogin von Schleswig-Holstein machte gestern Nachmittag dem Magazin von Bernh. Schäfer in der Pragerstraße einen Kaufsbesuch und sprach sich in der liebenswürdigsten Weise über die feine Auswahl der hier so geschmackvoll zu findenden Lederarbeiten aus.

— Der bürgerlichen Amtshauptleute im Lande werden immer weniger und doch müssen sich dieselben vor ihren adeligen Kollegen durch ganz besondere Berufstüchtigkeit auszeichnen, denn sie avanciren in höhere Staatsämter. Wie der frühere Amtshauptmann in Plauen, jetzige Geh. Reg.-Rath Schmiedel durch Herrn v. Weick, so wird jetzt der frühere Amtshauptmann in Zwickau, jetzige Geh. Reg.-Rath Bodel durch den Reg.-Rath bei der königl. Polizeidirektion in Dresden, Herrn v. Bose ersetzt. Wer der Nachfolger des Letzteren ist, der für gewöhnlich die Stellvertretung des Herrn Polizeipräsidenten hatte, ist noch nicht bestimmt.

— Ein Ballball im November ist etwas Ungewöhnliches. Erst von Weihnachten an wird in größerem Maße gewalzt, vom großen Neujahr ab kommt die Ball-Saison in Fluß, die Fastnacht bildet den Abschluß der Ballfeste. Mit gutem Bedacht aber hat Ihre Maj. die Königin den Albertball vor Weihnachten verlegt; die Betheiligung an demselben litt bisher unter dem Glanze der beiden Ballfeste im Albert-Theater. Jetzt aber ist alle Aussicht vorhanden, daß dem am nächsten Mittwoch stattfindenden Albertball die ungeschwächte Theilnahme der feinen Welt sich zuwendet. Wir hören, daß namentlich die zahlreiche Kolonie distinguirter Fremder bereits Anstalten trifft, sich an dem Ballfeste zu betheiligen, das durch die Anwesenheit der ganzen königlichen Familie ausgezeichnet werden soll.

— Die in voriger Woche verstorbene edle Wohlthäterin Frau Karoline Graner hat auch die protestantische Kirche in Teplitz mit einem Legate von 1100 Gulden bedacht.

— Das Kriegs-Ministerium in Berlin soll im Prinzip die Annahme eines Repetir-Magazingewehres für die Fußtruppen des deutschen Reichsheeres beschlossen haben. Das